

Beschluss des MIT-Bundesvorstands am 15.10.2012 in Berlin
Antragsteller: Peter Erl, MU Bayern

**Für eine unabhängige und ausschließlich dem Ziel der Geldwertstabilität
verpflichtete Europäische Zentralbank**

Die CDU Deutschlands wird aufgefordert, sich für den Erhalt des Mandates der Europäischen Zentralbank für Geldwertstabilität als übergeordnetes Ziel einzusetzen. Unbegrenzte Staatsanleihekäufe oder eine Zentralbankfinanzierung der Rettungsschirme („Banklizenz“) dehnen das Mandat der Notenbanken nicht aus, sie sind mit ihm unvereinbar. Denn sie würden mit dem Verbot der monetären Staatsfinanzierung kollidieren: Staatsdefizite dürfen nicht mit Hilfe der Notenpresse finanziert werden. Die Unabhängigkeit der EZB liegt insbesondere darin begründet, damit sie frei von politischen Einflüssen die Geldwertstabilität gewährleisten kann. Die Unabhängigkeit darf nicht dazu dienen, die demokratische Legitimierung fiskalpolitischer Entscheidungen zu umgehen.

Begründung:

Im Zuge der Krisenbekämpfung sind die Grenzen zwischen Geld- und Finanzpolitik unschärfer geworden. So unvermeidbar diese Verwischung bis zu einem gewissen Grad ist, sie darf jedoch nicht so weit führen, dass die Geldpolitik sich vor den Karren der Finanzpolitik spannen lässt.

Die Krise im Euro-Raum ist nicht mit Geldpolitik zu lösen. Die Krise ist im Kern eine Vertrauenskrise und Vertrauen kann man mit Geld nicht kaufen. Es muss mühsam erarbeitet werden, indem die Probleme an der Wurzel angegangen werden. Maßnahmen, die die Krise bei ihren Ursachen packen, kann nur die Finanz- und Wirtschaftspolitik ergreifen. Eine Vermengung von Geld- und Fiskalpolitik ist entschieden abzulehnen.

Der bisherige Krisenverlauf hat indes gezeigt, dass sehr oft, wenn die Notenbanken Krisenmaßnahmen ergriffen haben, der nachlassende Handlungsdruck dazu geführt hat, dass die Finanzpolitik ihre Hausaufgaben auf die lange Bank geschoben hat. Die Sorgen der Gründungsväter der Währungsunion haben sich insoweit als berechtigt erwiesen. Hier ist eine fundamentale politische Richtungsentscheidung gefordert. Die EZB hat ihr Mandat für Geldwertstabilität erhalten und dabei muss es auch bleiben.